

STADTVERWALTUNG APOLDA

Der Bürgermeister



Pressemitteilung

05-01/2011

Offener Brief des Bürgermeisters an das Stadtratsmitglied Wolf-Jörg Gröber

In der öffentlichen Fragestunde der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2010 wendete sich Stadtratsmitglied Wolf-Jörg Gröber (DIE LINKE.) an den Bürgermeister mit der Frage, ob er bereit sei, über die Landesgartenschau 2017 ein Bürgerbegehren bzw. einen Bürgerentscheid durchzuführen. Mit einem offenen Brief beantwortete der Bürgermeister die Frage wie folgt:

„Ihre Anfrage in der Einwohnerfragestunde der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Gröber,

auf Ihre Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2010 antworte ich wie folgt:

Die Durchführung einer Landesgartenschau verbindet sich mit der Vorstellung, bedeutende zukunftsweisende Ziele in der Stadt- und Freiraumplanung nachhaltig umzusetzen. Sie soll unsere Stadt zudem über die Grenzen Thüringens hinaus etablieren und inszenieren.

Vor allem aber geht es um die Bewältigung von stadtstrukturellen Erschwernissen und Defiziten. Wir haben bspw. eine triste Fußgängerzone in der Bahnhofstraße, wir haben leer stehende und herunter gekommene Häuser sowie ganze Quartiere in der Innenstadt. Zudem gibt es unzählige Baulücken und Brachflächen, die dringend einer geordneten und sinnreichen Umnutzung bedürfen. Wohl kaum ein Apoldaer kann mit diesen misslichen Zuständen zufrieden sein.

Daher muss dringend etwas getan werden, wofür die Ausrichtung der Landesgartenschau eine außerordentliche und einmalige Chance bietet. Es darf und soll uns auch nicht an Mut und Zuversicht mangeln, die Herausforderungen positiv anzunehmen.

Die Landesgartenschau sind eben nicht nur 6 blühende Monate im Jahr 2017. Sie ist ein Instrument der tiefgreifenden Stadtentwicklung, wo wir in vergleichsweise kurzer Zeit Umbrüche der Stadterneuerung erleben und hinter uns lassen, um nach 2017 auf einem neuen, qualitätsvollen Niveau in Apolda zu leben und den Alltag gemeinsam zu gestalten. Bürger und Gäste der Stadt werden hiervon entscheidend profitieren.

Nach der Konkretisierung der Machbarkeitsstudie ist eine kontinuierliche Information für unsere Bürger geplant. Hier ist vorstellbar, Arbeitsplattformen einzurichten, wie Workshops und regelmäßige themenorientierte Gespräche.

STADTVERWALTUNG APOLDA

Der Bürgermeister

- Seite 2: Pressemitteilung 05-01/2011 -

Bereits am 15. November 2000 hat der Stadtrat von Apolda eine Willensbekundung zur Beantragung einer Landesgartenschau abgegeben. Dieser Beschluss erfolgte einstimmig (Beschluss Nr. 138-XIV/00, bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 18/00 vom 17. Dezember 2000).

Auf der Basis des im Jahr 2006 erstellten Grün- und Freiraumentwicklungskonzeptes wurde durch das Denstedter Büro „RoosGrün PLANUNG“ eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die Grundlage für die Bewerbung zur Landesgartenschau 2013 war. Diese Studie wurde in einer Bürgerversammlung am 18. September 2008 öffentlich vorgestellt und fand dabei eine sehr große Zustimmung bei den zahlreichen Anwesenden.

Am 24. September 2008 hat sich der Stadtrat mit der Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung und Durchführung der Landesgartenschau befasst. Die Studie als auch die Bewerbung haben alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen grundsätzlich befürwortet. Dementsprechend fiel auch der Beschluss darüber sehr deutlich aus, bei nur einer Gegenstimme (Ihrer) und einer Enthaltung stimmten 28 Stadtratsmitglieder dafür (Beschluss Nr. 362-XXXVI/08, bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 09/08 vom 19. Dezember 2008, S. 135).

Das war ein klares Votum der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertreter und für den Bürgermeister ein unmissverständlicher Auftrag für eine qualitativ hochwertige und chancenreiche Bewerbung.

Die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens bzw. eine Bürgerentscheides gegen einen Beschluss des Stadtrates ist durch die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gegeben. Allerdings muss gemäß § 17 Abs. 3 Satz 2 ThürKO der Zulassungsantrag innerhalb von vier Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses gestellt werden. Somit ist die Frist für die Zulassung eines Bürgerbegehrens bereits im Januar 2009 abgelaufen.

Ein später gestellter Antrag ist unzulässig und muss daher nach dem Gesetz durch den Bürgermeister als unzulässig abgelehnt werden. Dabei besteht keinerlei Ermessen.

Ungeachtet dessen bin ich der festen Überzeugung, dass es uns in gemeinsamer Verantwortung und mit der Einbeziehung der Bürger Apoldas gelingen wird, die Ziele, die uns mit der Landesgartenschau 2017 in Apolda verbinden, erfolgreich umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

*gez. Rüdiger Eisenbrand
Bürgermeister"*

Apolda, 27. Januar 2011

Rüdiger Eisenbrand
Bürgermeister